

Beschlüsse

Bezirksparteitag

12. / 13. Juni 2015, Wetzlar

SPD Bezirk Hessen-Süd

Herausgeber: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Textverarbeitung: SPD-Bezirk Hessen-Süd

Druck: SPD-Hausdruckerei

Frankfurt am Main, Juni 2015

INHALTSVERZEICHNIS

Antragsgruppe A

Organisation – Parteien – Verbände Seite 5

Antragsgruppe B

Wirtschaft – Finanzen – Verkehr – Seite 6
Energie – Umwelt – Landwirtschaft

Antragsgruppe C

Sozialpolitik Seite 12

Antragsgruppe E

Innenpolitik, Rechtspolitik – Kommunalpolitik Seite 13

Antragsgruppe F

Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik Seite 16

Beschlussübersicht Seite 25

Wahlergebnisse Seite 30

Antragsgruppe A

Organisation – Parteien - Verbände

A 1

Änderung von § 14, Absatz 1 (1) Bezirkssatzung

§ 14, Absatz 1 (1) der Satzung des SPD-Bezirks Hessen-Süd enthält folgende Neufassung:

„ (1) Der Bezirksbeirat setzt sich zusammen:

1. aus Vertreterinnen und Vertretern, die in den Unterbezirkskonferenzen in geheimer Abstimmung zu wählen sind. Unterbezirke bis zu 2.000 abgerechnete Mitglieder wählen eine Bezirksbeiratsvertreterin oder einen Bezirksbeiratsvertreter, Unterbezirke bis 3.000 abgerechnete Mitglieder wählen eine Bezirksbeiratsvertreterin und einen Bezirksbeiratsvertreter, Unterbezirke über 3.000 Mitglieder wählen drei Bezirksbeiratsvertreterinnen bzw. Bezirksbeiratsvertreter, wobei beide Geschlechter vertreten sein müssen, sowie für alle Bezirksbeiratsvertreterinnen und -vertreter jeweils eine Vertretung, die im Verhinderungsfalle das Unterbezirksmandat wahrnimmt.“

I A 1

Resolution

Der Bezirksparteitag Hessen-Süd solidarisiert sich mit den derzeit streikenden Post- und Paketbotinnen und -boten und unterstützt insbesondere die Forderung, Beschäftigte nicht in Billigtarife auszugliedern.

Antragsgruppe B

Wirtschaft – Finanzen – Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft

B 1

Erbschafts- und Vermögenssteuer für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur

Zur langfristigen Herstellung von Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit bedarf es einer angemessenen Besteuerung von Vermögen durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine verfassungsgemäße Erbschaftssteuer. Dabei sollten mindestens die Steuersätze des Durchschnitts der OECD erreicht werden. Die damit erzielten Einnahmen sollen für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur verwendet werden.

Große Vermögen heranziehen

Die Vermögenssteuer, die vollständig den Ländern zukommt, soll mit einem bundeseinheitlichen Steuersatz von 0,5 % wieder eingeführt werden. Bemessungsgrundlage stellen die Nettovermögen der privaten Haushalte dar. Angesichts der deutlich gestiegenen nominalen Vermögenswerte schlagen wir eine drastische Erhöhung des persönlichen Freibetrages auf 500.000 Euro für jeden Erwachsenen sowie einen Kinderfreibetrag von 100.000 Euro vor. Damit werden nur hohe und höchste Vermögen herangezogen. Dennoch sind auf diese Grundlage Einnahmen von 10 Milliarden jährlich zu erwarten.

Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer, die ebenfalls vollständig den Ländern zufließt, bleibt erhalten. Kleinere und mittlere Erbschaften und Schenkungen im Familienkreis müssen auch zukünftig steuerfrei bleiben, hohe Erbschaften sind endlich angemessen zu besteuern.

Durch einen angemessenen Freibetrag von 500.000 Euro soll gewährleistet werden, dass zum Beispiel normales Wohnungseigentum nicht belastet wird. Zur Herstellung der verfassungsrechtlich gebotenen Gleichbehandlung der unterschiedlichen Vermögensarten ist insbesondere die Behandlung von Betriebsvermögen neu zu regeln.

Grundsätzlich sollen alle Vermögensarten den gleichen Besteuerungssätzen unterworfen werden. Dabei ist Grundbesitz und Betriebsvermögen mit dem Verkehrswert anzusetzen.

Davon abzusetzen sind die gleichen Freibeträge wie bei Geldvermögen. Um Zwangsverkäufe von Immobilien und Kapitalabzug aus Unternehmen zu verhindern, können Erben, die nicht über die notwendige Liquidität verfügen, Ratenzahlungen mit Zeiträumen bis zu 20 Jahre in Anspruch nehmen oder den Staat für eine Übergangszeit an ihrem Besitz beteiligen. Bei Betriebsvermögen geschieht das in der Form einer stillen Beteiligung ohne Einfluss auf die unternehmerischen Entscheidungen. Die Beteiligungen können jederzeit

ausgezahlt werden. Dabei könne Rabattsysteme die Rückzahlung beschleunigen.

B 2

Forderung: Echte Umverteilung – Jetzt!

Die SPD Hessen-Süd fordert von der Bundespartei mit Unterstützung der SPD Bundestagsfraktion, sich für eine solidarische Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums einzusetzen und die Verteilungsdebatte wieder offensiv zu führen. Insbesondere hat sich die Bundespartei für folgende Punkte einzusetzen:

- Erhöhung des Spitzensteuersatzes gemäß SPD-Beschlussfassung auf Bundesebene
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Progressive Besteuerung von Kapitalerträgen
- Erhöhung der Erbschaftssteuer

B 4

Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Die SPD Hessen-Süd setzt sich für die Integration des Solidaritätszuschlages in das bestehende Einkommenssteuersystem ein.

B 5

Zweitwohnsitzsteuer für Schüler, Auszubildende und Studenten abschaffen

Die SPD Hessen-Süd setzt sich dafür ein, dass die Zweitwohnsitzsteuer für Schüler/innen, Auszubildende und StudentInnen abgeschafft wird. Das Land Hessen wird aufgefordert, den Kommunen die dadurch entstehenden Einnahme Ausfälle zu ersetzen.

B 6

Resolution: Für einen kritischen Umgang mit ÖPP-Modellen!

Wir fordern einen kritischen und restriktiven Umgang mit Öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP). Eine intakte Daseinsfürsorge und Infrastruktur sind originäre Staatsaufgaben. Sofern die Steuereinnahmen für ihre Erfüllung nicht ausreichen, muss der Staat zunächst Steuermehreinnahmen generieren und darf hierzu auch die stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen nicht ausschließen.

ÖPP-Modelle dürfen nur als letztes Mittel und nur dann in Betracht gezogen werden, wenn

- sie nicht zu einer Privatisierung von Staatsaufgaben führen,
- die Rendite privater Investoren begrenzt wird und auch der Allgemeinheit zugute kommt,
- die Folgekosten der durchgeführten Maßnahmen unter denen liegen, die bei rein staatlicher Durchführung anfallen würden,
- der private Investor bei selbst verschuldeter Erhöhung der ursprünglichen Folgekosten alleine für diese haftet und
- der Bundesrechnungshof sie als für den Staat langfristig rentabel ansieht.

B 7

Die neue ÖPP/PPP-Privatisierungsoffensive beenden!

- 1) Bundeswirtschaftsminister Gabriel wird aufgefordert, die seit dem 28. August 2014 eingesetzte „ÖPP/PPP-Expertenkommission“ aufzulösen sowie die zur Durchführungen der bisherigen Sitzungen angefallenen Kosten offenzulegen.
- 2) Auch andere strukturelle, gesetzmäßige und haushaltsrechtliche Privilegierungen des ÖPP/PPP-Privatisierungsmodells über den bestehenden Rechtsrahmen hinaus werden grundsätzlich abgelehnt.
- 3) Die öffentlichen Gesellschafteranteile der ÖPP Deutschland AG (57% in Staatsbesitz, Gesellschafter: Bund, Land Hessen, Land Mecklenburg-Vorpommern, Land Nordrhein-Westfalen, Land Schleswig-Holstein, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund) sind abzustoßen.

B 9

„Nur dauerhaft und deutlich steigende Löhne in Deutschland können den Euro retten“

Bundeswirtschaftsminister Gabriel wird aufgefordert, ein „Bündnis für europäischen Frieden, Wohlstand und den Euro“ (analog zum Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit 1998-2003) zu initiieren. Unter Einbindung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite ist eine konzertierte Aktion durchzuführen, sodass das außenwirtschaftliche Gleichgewicht im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Ziele des Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG, 1967) sowie Art. 109 (2) GG wiederhergestellt wird, dies soll maßgeblich durch langfristig und deutlich steigende Löhne geschehen.

B 10

Keine Änderung des Mindestlohngesetzes

Die SPD-Hessen-Süd ist der Ansicht, dass zum jetzigen Zeitpunkt kein Anlass besteht das Mindestlohngesetz erneut zu diskutieren und möglicherweise weiter „aufzuweichen“. Für eine sachlich begründete Überprüfung sollte man einen erheblich längeren Zeitraum der praktischen Erfahrungen abwarten. Dass eine solche „Überprüfung“ nach einer gewissen Zeit stattfinden wird, ist für uns selbstverständlich und bei jedem neuen Gesetz üblich.

B 11

Transparenz von Gewinnbeteiligungen bei Lebensversicherungen

Der Bundestag soll die Forderung des Bundesverfassungsgerichtes von 2005 nach ausreichender verbraucherfreundlicher Transparenz von Gewinnbeteiligungen bei Lebensversicherungen in dem Gesetz aus 2007 nachbessernd formulieren und zeitnah in Kraft setzen.

B 12

Keine Auslagerung der Entscheidungen beim unkonventionellen Fracking

Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, eine Entscheidung über die Genehmigung über unkonventionelles Fracking nicht auf eine Expertenkommission auszulagern.

B 13

Dosenpfand für alle Getränkedosen und Flaschen

Die SPD setzt sich für ein generelles Dosenpfand für alle auf dem Markt vorhandenen Getränkedosen und Flaschen ein. Ausnahmeregelungen die das Pfand für bestimmte Dosen nicht vorsehen, z.B. aufgrund ihres Inhalts, werden beseitigt.

B 14

Resolution

Die SPD Hessen-Süd ist solidarisch mit den 80 Gebäudereinigern der Gesellschaft für Cleaning Service GmbH & Co (GCS) am Frankfurter Flughafen und fordert den Flughafenbetreiber Fraport auf, sich bei seinen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner Tochterfirmen am Flughafen

sozialverträglich zu benehmen und dafür zu sorgen, dass die zielgerichteten Verhandlungen über einen tragfähigen Sozialtarifvertrag weitergeführt werden.

B 15

Grundlagen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

Grundlagen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind unsere Grundwerte: Freiheit, Gleichheit, Solidarität. Wirtschaftspolitik soll dazu dienen, Wohlstand zu schaffen und gerecht zu verteilen. Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Aufschwung gehören für uns zusammen. Ein inhaltlicher Widerspruch besteht lediglich auf den ersten Blick.

Bei genauerem Hinsehen wird klar: Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muss Menschen ökonomisch in die Lage versetzen von ihren Freiheiten Gebrauch zu machen. Wir wollen nicht nur Freiheitsrechte auf dem Papier sondern umfassende soziale Freiheit. Umverteilung ist daher unerlässlicher Bestandteil sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

Beim Wirtschaften steht für uns der Mensch im Vordergrund. Das betrifft allerdings nicht nur seine materielle Situation, sondern auch seine ideelle Freiheit. Wir sehen die Menschen nicht nur als Zahnräder im Gefüge des Kapitalismus, sondern als frei handelnde Subjekte, die sich neben der Arbeitskraft auch mit ihrer Kreativität in die Arbeitsprozesse einbringen sollen.

Deshalb wollen wir, dass Menschen sich wieder verstärkt mit ihrer Arbeit identifizieren können. Arbeitnehmer*innen müssen am Produktionsprozess enger beteiligt werden. Das funktioniert nicht nur durch mehr betriebliche Mitbestimmung in Fragen der Produktion, sondern durch eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer*innen am erwirtschafteten Gewinn. Eine Trennung von Kapital und Arbeit und die daraus resultierende Entfremdung lehnen wir ab.

Zweifellos richtig ist, dass der Wohlstand, der verteilt werden soll, erst erarbeitet werden muss. Gerade ein breit aufgestellter Sozialstaat braucht deswegen ein solides wirtschafts- und finanzpolitisches Fundament. Ein Fundament, das aber ein anderes ist als das Fundament neoliberaler Nachtwächterstaatsmodelle. Ein Fundament aus:

- guter Arbeit,
- gerechten Löhnen, Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer*innen
- nachhaltiger staatlicher Investitionstätigkeit für zukunftsfähige Infrastruktur und Daseinsvorsorge,
- einem öffentlichen Beschäftigungssektor,
- aus klaren Vorgaben für nachhaltige Produktion,
- aus Steuergerechtigkeit und dem Abgreifen von hohem Vermögen,
- aus der Förderung des Konsums und privater Investitionen in die

Schaffung von Arbeitsplätzen

- und aus einem klar regulierten Finanzmarkt
- aus dem Primat der Politik
- aus der Einbindung der Gewerkschaften als politische Akteure
- aus der Trennung von Kapital und Arbeit
- aus nachhaltiger Wertschöpfung, die zu einer Verbesserung der Lebensstandards führt
- aus nachhaltigem qualitativem Wachstum, bei dem auch nach Abzug der volkswirtschaftlichen Kosten, wie Umweltbelastungen, gemeinnützliche Werte verbleiben.

Antragsgruppe C

Sozialpolitik

C 20

Hessen braucht mehr Wohnungen – für untere und mittlere Einkommen und für Flüchtlinge

Der Bezirksparteitag der SPD Hessen Süd fordert die SPD Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunen auf, sich für folgende Punkte einzusetzen:

1. Um Sozialwohnungen zu bauen und ein Programm für mittlere Einkommen finanziell zu unterlegen legt die Landesregierung mit 17 Millionen EURO ein Darlehensprogramm bei der Bank für Wirtschaftsförderung und Infrastruktur (WI Bank) auf, mit dem pro Jahr 250 Millionen Euro an Darlehensmitteln mobilisiert werden können.
2. Das Programm für den Bau von 5000 Wohnungen für Studierende ist fortzuführen. Insbesondere an den Hochschulstandorten kann damit der Wohnungsmarkt deutlich entlastet werden
3. Die Landesregierung soll gemeinsam mit der Bank für Wirtschaftsförderung und Infrastruktur ein Programm „Willkommen in Hessen – Wohnraum für Flüchtlinge und Asylbewerber schaffen“ auf, das einen Mindestumfang von 30 Millionen EURO haben soll.
4. Die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunen müssen weiterhin dafür Sorge tragen, dass Baugrundstücke mobilisiert werden und diese zu moderaten Erstellungskosten dem Wohnungsbau zur Verfügung stehen.
5. Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die hessische Bauordnung mit dem Ziel novelliert wird, kostensparendes Bauen zu ermöglichen.
6. Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, die Initiativen für seniorengerechtes Wohnen weiterentwickeln, um rechtzeitig auf den demographischen Wandel reagieren zu können.
7. Die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter im Aufsichtsrat der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte werden sich dafür einsetzen, dass das Unternehmen in den kommenden Jahren mehr Sozialwohnungen errichten wird. Zur Finanzierung soll das Land Hessen in den kommenden drei Jahren auf Ausschüttungen der Nassauischen Heimstätte verzichten.

Antragsgruppe E

Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik

E 1

Immer mehr Überwachung schafft nicht mehr Sicherheit, aber sie gefährdet die Grundrechte - keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung!

Die SPD Hessen-Süd lehnt eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung und insbesondere einen nationalen Alleingang in dieser Frage ab.

E 2

Vorratsdatenspeicherung light rechtlich begrenzen – Für eine Reform des § 100 Abs. 1 TKG

Die SPD fordert eine rechtliche Eingrenzung des § 100 Abs. 1 TKG, die den Vorgaben des BVerfG und des EuGH zur Vorratsdatenspeicherung entspricht. Die Norm erlaubt den Diensteanbietern die Speicherung von Verbindungsdaten bis zu einem halben Jahr für Zwecke der Abrechnung, der Sicherheit und der Sicherstellung der Netzqualität. Weder gibt es besondere rechtliche Schranken für den Zugriff der Strafverfolgungsbehörden noch besondere Auflagen zur Sicherheit.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine notwendige Reform einzusetzen und diese nicht mit Regelungen zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung zu verknüpfen. Erforderlich sind Vorgaben zur Eingriffsschwelle, zum Zeitraum der Speicherung, zu Schutzvorkehrungen gegen Missbrauch, zu Zweckbegrenzungen in der Verwendung, zu Ausnahmen für Berufsgeheimnisträger, zur Information der Betroffenen und zu Löschverpflichtungen.

E 37

Lehren aus dem Mord an Halit Yozgat - Umstrukturierung des Landesamts für Verfassungsschutz

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für einen weiteren Untersuchungsausschuss auf Bundesebene einzusetzen, wenn der Hessische Untersuchungsausschuss abgeschlossen ist und danach noch Bedarf besteht.

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, ein Misstrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten einzuleiten. Wer politische Opportunität derart vor die

Sicherheit aller Hess*innen stellt, hat nicht nur in der Staatskanzlei nichts mehr verloren, er muss auch öffentlich konsequent vorgeführt werden.

I E 1

Resolution Öffnung der Ehe – jetzt !

Das Referendum in Irland hat es deutlich gemacht – auch in konservativen, katholischen Ländern ist das Thema Öffnung der zivilrechtlichen Ehe für gleichgeschlechtliche Paare kein Tabuthema mehr. Immer mehr Länder folgen diesem Weg. So die Niederlande (2001), Belgien (2003), Kanada (2005), Spanien (2005), Südafrika (2006), Norwegen (2009), Schweden (2009- zuvor seit 1995 Eingetr. Lebenspartnerschaft), Argentinien (2010), Island (2010), Portugal (2010), Brasilien (2013), Dänemark (2013 - zuvor seit 1989 Eingetr. Lebenspartnerschaft), Frankreich (2013), Neuseeland (2013), Uruguay (2013), Großbritannien (2014), Luxemburg (2014). Die Gesellschaft in diesen Ländern ist nicht zwangsläufig liberaler als in der Bundesrepublik Deutschland. Dennoch wagen sie den Schritt, den sich die Bundesrepublik Deutschland nicht traut.

Hier ist die SPD als Fortschrittspartei gefragt, endlich ein Menschenrecht durchzusetzen. Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Christine Lüders sagte zu Recht: „Das Recht auf Heirat für Schwule und Lesben sei ein Menschenrecht und gehöre nicht in die Parteipolitik“. Wir müssen endlich handeln, wenn wir als Partei des Fortschritts aber vor allem als Partei der sozialen Gerechtigkeit ernst genommen werden wollen.

Die Öffnung der Ehe muss kommen – jetzt. Dazu bedarf es auch nicht – wie vielfach von der Union behauptet einer Änderung des Grundgesetzes. Der Ehebegriff des Grundgesetzes ist offen gestaltet und kann dadurch auch den gesellschaftlichen Wandel nachvollziehen. Der Ehebegriff des Grundgesetzes sieht nämlich gerade nicht die Verschiedengeschlechtlichkeit vor. Eine einfachgesetzliche Regelung ist somit – ohne dass es einer Verfassungsänderung bedarf – möglich. Und es gibt auch keinen sachlichen Grund dafür, die Verschiedengeschlechtlichkeit als Maßstab für die Ehe zu setzen. Das ist nicht nur die Meinung der Schwusos, sie ist Beschlusslage der SPD und manifestiert sich auch in den Anträgen der SPD-geführten Bundesländer, die über eine Bundesratsinitiative die Forderung nach Öffnung der Ehe vorangetrieben haben.

Wir stehen weiterhin für die Beschlusslage der SPD: die Öffnung der Ehe muss kommen – jetzt!

Wir fordern die Mitglieder der großen Koalition, insbesondere CDU/CSU auf, den Weg für eine fraktionsübergreifende Initiative zur Öffnung der zivilrechtlichen Ehe freizumachen.

I E 2

Grüne Zeiten ändern sich - SPD Hessen-Süd lehnt Gesetzesentwurf zum Schutzparagraphen §112 ab!

Der Bezirksparteitag Hessen-Süd hält den aktuellen Gesetzesentwurf der Hessischen Landesregierung für die Einführung des § 112 StGB für unverhältnismäßig und lehnt diesen ab. Gleichzeitig werden die Landtagsfraktionen, die Bundestagsfraktion und die SPD-regierten Bundesländer öffentlich aufgefordert, mit allen Mitteln diesen Gesetzesentwurf zu verhindern.

Durchaus richtig ist es jedoch, Rettungskräfte gesetzlich besser zu schützen, da sie sich nicht deeskalierend zurückziehen können. Ihnen sollte zumindest ein ähnlicher gesetzlicher Schutz gewährt werden wie den Vollzugsbeamten, die schon jetzt durch § 113 StGB besonders geschützt sind.

Antragsgruppe F

Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

F 1

Fairhandel statt Freihandel

Wir wollen fairen statt freien Handel. Deshalb sind für uns folgende Punkte unabdingbare Voraussetzung für eine Zustimmung zu den Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP). Der Bezirksparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion, die SPD-Minister innerhalb der Bundesregierung sowie die SPE-Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, sich im Rahmen der Verhandlungen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) dafür einzusetzen, dass

Nachhaltige Entwicklung / Sozialstandards / Vorsorgeprinzip

- Menschen- und Arbeitnehmerrechte, Sozial- und Umweltschutzstandards in TTIP und CETA verbindlich verankert und mit konkreten Überprüfungs-, Beschwerde- und Sanktionsmöglichkeiten versehen werden müssen. Die Verletzung von Menschenrechten, Arbeitnehmerrechten und Umweltschutz muss ebenso zu konkreten Sanktionen führen können wie dies bei Verstößen gegen die Handelsvereinbarungen nach dem allgemeinen Streitbeilegungsmechanismus gilt.
- alle acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verbindlich in das Abkommen aufgenommen werden müssen.
- die EU mit den Vertragspartnern USA/Kanada Zeitfenster vereinbaren muss, innerhalb deren die Ratifizierung und Umsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen sichergestellt werden.
- bei der Harmonisierung von Standards zur Produktzulassung das Vorsorgeprinzip und das Prinzip der Rückholbarkeit gelten muss. Bestehende Umwelt- und Verbraucherschutzstandards in der Landwirtschaft, der Lebensmittelproduktion, der Energieversorgung und beim Schutz vor risikobehafteten Chemikalien dürfen nicht gefährdet und müssen darüber hinaus verbessert werden können.

Investitionsschutz/Streitbeilegungsverfahren

- Investitionsschutzklauseln und Investor-Staats-Schiedsverfahren (ISDS) aus CETA gestrichen und in TTIP nicht aufgenommen werden. Aus unserer Sicht sind zwischen zwei Vertragspartnern mit einem ausgeprägten Rechtssystem solche Investitionsschutz-Klauseln grundsätzlich nicht notwendig.

Regulatorische Kooperation

- ausgeschlossen wird, dass die regulatorische Kooperation das Privileg der Gesetzgebung durch die Legislative und der Verordnungsgebung durch die Exekutive unterläuft, erschwert oder behindert (Right-to-Regulate).
- durch die regulatorische Kooperation die Sicherung der jeweils höchsten Sozial-, Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherstandards gewährleistet

wird und neue Gesetzesinitiativen auf eine Verbesserung dieser Standards abzielen.

Dienstleistungssektor

- bei CETA/TTIP eine Liberalisierung von Dienstleistungssektoren ausschließlich über einen Positivlistenansatz möglich ist, d.h. die zu liberalisierenden Branchen explizit benannt werden.
- für den Bereich der Daseinsvorsorge keine Verpflichtungen in Deutschland übernommen werden, die öffentliche Daseinsvorsorge über die regionalen/kommunalen Körperschaften bzw. über deren (Eigen-)Betriebe, Zweckverbände und andere Körperschaften muss unberührt bleiben.
- politisch gewollte Re-Kommunalisierungen, wie beispielweise der Wasser- und der Energiewirtschaft, auch künftig möglich sind.
- das Recht auf kommunale Selbstverwaltung nicht gefährdet wird. Direktvergaben durch die Kommunen / kommunale Betriebe müssen weiterhin möglich sein.
- weiterhin sichergestellt ist, dass das öffentliche Vergabewesen an die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards gekoppelt werden darf und Vertragspartner auf die Einhaltung der jeweiligen Vergabekriterien – wie etwa Tariftreue – verpflichtet werden können
- audiovisuelle Dienstleistungen dauerhaft vom Anwendungsbereich des Abkommens ausgenommen werden sowie die öffentliche Kultur- und Medienförderung und die Daseinsvorsorge durch die Freie Wohlfahrtspflege vollständig erhalten bleiben kann
- die gleichen o.a. Grundsätze sollen auch für das TISA (Trade in Services Agreement) gelten, das von 22 Staaten und der EU noch geheimer verhandelt wird als das TTIP

Auswirkungen auf Drittstaaten

- negative Auswirkungen auf Drittstaaten, insbesondere auf Entwicklungsländer zu vermeiden sind. Den ärmsten Ländern muss ein Ausgleich für Nachteile gewährt werden und sie müssen Unterstützung für den Zugang in die neuen Handelszonen erhalten.

Zukünftige Regulierungsfragen

- Ein Regulierungsausschuss, in dem in einem nachgelagerten Verfahren zukünftige Regulierungsfragen geklärt werden, ist als undemokratisch und intransparent abzulehnen.

Kündbarkeit/OptOut-Klausel

- die jeweiligen Abkommen durch die jeweiligen Ratifizierungsgeber mit Fristen innerhalb der Zeitspanne von Legislaturperioden kündbar sind.

Für den Verhandlungsprozess und die Entscheidung ist volle Transparenz für die Öffentlichkeit sicherzustellen.

Ein Parteitag muss am Ende darüber entscheiden.

5 Punkte für mehr Menschenschutz statt Grenzschutz

Die jüngsten Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer zeigen das Scheitern einer kaltherzigen Abschottungspolitik. Das Sterben von Tausenden Geflüchteten in den letzten Monaten und insbesondere in den letzten Tagen beschämt uns, macht uns traurig und wütend zugleich.

Die zur Tradition gewordene Reaktions-Schleife aus Bedauern, Beileidsbekundungen, Forderungen nach noch mehr Grenzschutz, nach stabileren Verhältnissen in den Transitländern, um die Fluchtwege besser abzuschotten, sind unwürdig und menschenverachtend. Der Zehn-Punkte-Plan der EU reiht sich in dieses Muster ein und ist völlig unzureichend und kontraproduktiv. Das Schimpfen auf Schlepperbanden, die mit der Verzweiflung der Menschen ihr dreckiges Geschäft treiben, empfinden wir als plumpe Ablenkungsmanöver und fordern, durch eine solidarische und humane Flüchtlingspolitik das Geschäftsmodell der Schlepperbanden überflüssig zu machen.

Deshalb fordern wir unsere sozialdemokratischen Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker in der Bundesregierung, im Bundestag, im Europaparlament als auch im Parteivorstand auf, sich nachdrücklich für die nachstehenden Maßnahmen auf ihren jeweiligen politischen Ebenen einzusetzen:

1. Seenotrettung sofort zur Priorität machen: Mare Nostrum Europe

Mit dem Ende der Operation „Mare Nostrum“ der italienischen Regierung, ist das Mittelmeer wieder zu einem Massengrab geworden. 9 Mio. Euro waren für eine der reichsten Regionen der Welt zu viel und 28 Nationen haben die solidarische Finanzierung abgelehnt. Anstelle dessen trat die von Frontex koordinierte Grenzschutzaktion Triton. Die europäischen Staaten haben sich mit der Weigerung Menschenleben vor dem Grenzschutz zu stellen, schuldig an den Tausenden Toten gemacht. Die europäischen Staaten müssen „Mare Nostrum“ neu auflegen und für eine gesamteuropäische Finanzierung einstehen.

2. Sichere Einreisewege statt Todespfade

Kriege, Verfolgungen, ungleiche Lebensverhältnisse, Naturkatastrophen, die insbesondere durch die Industrienationen verursacht werden, führen dazu, dass Menschen ihre Heimat verlassen, um für sich nach neuen Perspektiven zu suchen. Durch ein europaweites Engagement beim Resettlementprogramm des UNHCR muss Menschen die legale Möglichkeit gegeben werden, in Europa ein neues Leben zu beginnen. Die Prüfung von Visaverfahren schon in Afrika ermöglichen und vereinfachen.

3. Dublin III überwinden

Soweit nur solche Länder, in denen die Geflüchteten europäischen Rechtsraum betreten für die Bearbeitung des Asylantrags zuständig sind, findet keine gerechte Lastenverteilung zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten statt und es werden konkrete Fehlanreize im Umgang mit den Antragstellerinnen und Antragstellern gesetzt. Das Beispiel illegaler Inhaftierungen von Geflüchteten sowie die „illegalen Pushbacks“ zeigen, welche Willkür hier entstehen kann. Daher muss neben dem Dublin III Abkommen die sichere Drittstaatenregelung wegfallen und der Asylantrag in allen Mitgliedsstaaten der EU uneingeschränkt ermöglicht werden. Unabhängig davon, woher die Antragstellerinnen und

Antragsteller kommen. Stattdessen wäre eine ausgewogene europäische Kontingentierung denkbar, welche die Bedürfnisse der Antragstellerinnen und Antragsteller ausreichend berücksichtigt. Menschlichen Härtefällen könnte hierdurch genügt werden.

4. Einheitliche Standards in einem europäischen Asylsystem aufbauen

Die Chancen Asyl zu bekommen, unterscheiden sich in ein und demselben Fall zwischen den europäischen Staaten. Die Bedingungen für Geflüchtete in den unterschiedlichen Ländern sind von krassen Gefällen gekennzeichnet. Das europäische Asylsystem gleicht einem Flickenteppich. Es muss endlich eine Vereinheitlichung des Asylsystems auf europäischer Ebene stattfinden, welche die fortschrittlichen Länder und ihre hohen Standards als Ziel für alle Länder festschreibt. Es darf keinen Unterschied ausmachen, ob ein Asylverfahren im Norden oder Süden Europas durchlaufen wird.

5. Heuchlerische Scheindiskussionen um Schlepperbanden beenden

Die Fokussierung der Diskussion auf Schlepperbanden setzt im besten Fall ungewollt am falschen Ende an und ist im Prinzip nichts mehr als eine Scheindiskussion, um von der eigenen Verantwortung für die ertrunkenen Menschen abzulenken. Die Schlepperbanden, die die Hoffnungen der Menschen ausnutzen, sind nur ein Ergebnis und Symptom der Abschottungspolitik. Wir erwarten von sozialdemokratischen Politikerinnen und Politikern die Diskussion in die richtigen Bahnen zu lenken und ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

F 11

Europäische Flüchtlingspolitik

Wir fordern auf Deutscher Ebene:

1. Die Modifizierung des avisierten Gesetzes bzw. eine tragfähige Neuregelung.
2. Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes/Verfassungskonforme Regelung des Leistungsbezugs
Die Bundesregierung hat auch eine Verantwortung dafür, dass den Asylbewerbern das Recht auf ihr Existenzminimum auch faktisch gewährt wird. Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes ist hierzu eine notwendige Voraussetzung. An deren Stelle hat eine verfassungskonforme Regelung zu treten, die den realen Bedürfnissen der Menschen auch tatsächlich Rechnung trägt.
3. Ausreichende Finanzierung der Kommunen
Bei den Kosten für die Unterkunft von Asylbewerberinnen und -bewerbern müssen die Kommunen und Landkreise unterstützt werden. Zeitlich befristete Mittelzuweisungen des Bundes sind hier eine adäquate Hilfe, um den Kommunen bei der Bewältigung der zu erwartenden Zunahme der Asylbewerberinnen und -bewerber unter die Arme zu greifen.
4. Abschaffung des Flughafenverfahrens
Nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits im Jahr 1996 unter klar definierten Voraussetzungen die Unzulässigkeit des Gewahrsams im Transitbereich eines Flughafens festgestellt hatte, ist die

Praxis in Deutschland aufzugeben.

5. Bessere gesellschaftliche und berufliche Integration anerkannter Flüchtlinge, Asylberechtigter und subsidiär Schutzberechtigter.

F 14

SPD für eine Fortsetzung der zurückhaltenden Außenpolitik

Die SPD tritt dafür ein,

- die bewährte zurückhaltende Außenpolitik fortzusetzen, dabei Ausgrenzungen und Blockbildungen entgegenzuwirken,
- zivile Krisenpräventionen und zivile Konfliktlösungen auszubauen, militärische Aktionen ausschließlich im Rahmen von UN-Mandaten zu praktizieren,
- Transformationsprozesse in anderen Staaten zur Herstellung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und zur Wahrung der Menschenrechte ausschließlich in ziviler Form zu unterstützen sowie
- die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik auf ihren Beitrag zum Abbau globaler wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte zu hinterfragen und auf diese Ziele hin zu verändern.

F 15

Austeritätspolitik gegen südeuropäische Staaten beenden

Die SPD setzt sich für eine schnelle Beendigung der Austeritätspolitik gegen die südeuropäischen Staaten, allen voran gegen Griechenland, ein.

Die von der Troika/den Institutionen auferlegte Sparpolitik verurteilt die SPD als sozial unausgewogen. Sie schadet den Bevölkerungen Südeuropas.

Die SPD setzt sich für einen massiven Investitions- und Förderplan für die südeuropäischen Staaten, allen voran Griechenland, ein.

Die SPD wird auf Mindeststandards im Sozial- und Gesundheitssystem der südeuropäischen Staaten drängen, die notfalls auch mit Hilfe europäischer Solidarität und somit Transferzahlungen ermöglicht werden.

Die SPD lehnt einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone und er EU entschieden ab und wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt Griechenlands in EU- und Eurozone kämpfen.

Die SPD stellt fest:

1. Die Austeritätspolitik der Troika hat in den südeuropäischen Staaten zu massiven sozialen Verwerfungen geführt.

Ziel sozialdemokratischer Politik kann nicht sein, andere Länder auf Dritte Welt Niveau zu stürzen.

Griechenland ist Teil der EU, Teil der westlichen Welt. Seit dem die Troika ihre Arbeit begonnen hat, ist Griechenland aber ein Land mit einer Arbeitslosenquote von 25%, mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 50%, mit massiv steigender Selbstmordrate und einer Säuglingssterblichkeit die um 43% gestiegen ist. Die Anzahl der HIV-Infektionen stieg aufgrund der Kürzungen im Gesundheitssystem um über 300%.

Dies nimmt die SPD nicht tatenlos hin.

2. Die Zahlungen über EFSF und ESM haben nur ganz marginal, zu 11%, dem griechischen Volk geholfen.
89% der Zahlungen kamen der Rettung des europäischen Bankensystems zu gute.
Anstatt daraus die richtigen Lehren zu ziehen, und das kapitalistische System in welchem wir leben, aufs strengste zu regulieren und somit wenigstens den Versuch anzustreben es dem Menschen dienbar zu machen, verliefen Reformbemühungen, z.B. die einer europäischen Finanztransaktionssteuer, oder die der Aufspaltung von Investment- und Geschäftsbanken, ins Leere.
Die SPD setzt sich zur Wiederaufnahme dieser Reformen ein. Sie ist entsprechend gegen Privatisierung und neoliberale Agenda.
Die Wirtschaft muss dem Volk, bzw. allen Völkern, dienen und nicht umgekehrt.
Eine groß angelegte Regulierung und Besteuerung der Wirtschaft ist deshalb Ziel jeglicher sozialdemokratischer Politik. Nur so kann der Kapitalismus dem Menschen untergeordnet werden, die reelle Subsumtion des Menschen unter das Kapital umgekehrt werden und gesellschaftliche wie wirtschaftliche Gräben und Verwerfungen zugeschüttet werden.
3. Die EU und ihre Institutionen leiden unter einem großen Vertrauensverlust innerhalb der europäischen Bevölkerung.
Wirtschaftskrise und Existenzängste führen zum Aufflammen von Ressentiments und zu Renationalisierung.
Deshalb muss die EU als Ganzes reformiert und demokratisiert werden.
Das Europäische Parlament muss letztlich zu einem souveränen Parlament mit all den dazu gehörigen Legislativrechten ausgebaut werden.
Die Europäische Kommission muss vom EU-Parlament vorgeschlagen und gewählt werden.
Die Europäische Union muss zu einer Sozialunion ausgebaut werden, eine reine Wirtschaftsunion dient nur den wirtschaftlich starken Staaten und lässt wirtschaftlich schwache Staaten zu Grunde gehen.
Entsprechend ist die Sozialunion mit Länderfinanzausgleich der richtige und konsequente Schritt aus der europäischen Krise.

F 18

Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!

Die SPD Hessen-Süd lehnt die Anschaffung von bewaffneten unbemannten Luftfahrzeugen für die Bundeswehr und die nachträgliche Aufrüstung unbewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge ab.

**Die humanitäre Katastrophe in Syrien muss gestoppt werden.
Resolution für ein Ende der Gewalt durch erneute Verhandlungen zwischen
 den Konfliktparteien**

Das Jahr 2014 war das blutigste in dem seit 4 Jahren bestehenden syrischen Bürgerkrieg. Laut dem Syrian Observatory for Human Rights starben im vergangenen Jahr mehr als 76.000 Menschen, von denen fast 18.000 Zivilisten und darunter 3.501 Kinder gewesen sind.¹ Expert/innen gehen davon aus, dass die tatsächlichen Opferzahlen deutlich über den offiziellen Angaben liegen. Frauen und Kinder sind besonders stark von der Gewalt in Syrien betroffen. So werden Frauen systematisch verschleppt und auch die Anwendung sexueller Gewalt scheint in großem Umfang zu erfolgen.² Sogar der Einsatz von Kindersoldaten durch den IS konnte durch Human Rights Watch nachgewiesen werden.³

Zudem beklagen zahlreiche humanitäre Hilfsorganisationen, dass ihre Arbeit von den verschiedenen Konfliktparteien behindert wird⁴. Auch sind derzeit nur 5 von 23 Grenzübergängen für die humanitäre Hilfe geöffnet, obwohl bspw. 5,6 Millionen Kinder auf Hilfslieferungen dringend angewiesen sind. Die Anzahl sog. Displaced People übersteigt mittlerweile die Marke von 11 Mio. Menschen (davon sind 5 Millionen Flüchtlinge und 7 Millionen sog. internally displaced persons). In einem aktuellen Bericht „Failing Syria“ von 21 Hilfsorganisationen vom 12.03.2015 kritisieren diese die Handlungsunfähigkeit der UN. Unicef beklagt, es fehle vor allem an finanziellen Hilfen. So waren schon 2013 schon nur 71% der UN Hilfen finanziert. 2014 nur noch 57%.⁵

In einem ersten Schritt zur Überwindung der Gewalt müssen die Resolutionen 2139, 2165 und 2191 des UN Sicherheitsrates umgesetzt werden.⁶ Insbesondere die Einstellung der (systematischen) Angriffe auf die Zivilbevölkerung durch alle Konfliktparteien ist eine notwendige Bedingung, um das Leid der Menschen zu lindern. Kriegsverbrechen wie die willkürliche Internierung und das Foltern von Zivilisten müssen unbedingt gestoppt werden. Die Konfliktparteien müssen unmittelbar die systematisch Verletzung der Menschenrechte beenden und sich gemeinsam verpflichten, das internationale Kriegsrecht einzuhalten. Eine wünschenswerte Option ist die perspektivische Einsetzung einer UN-Friedenstruppe (peacekeeping operations), sobald ein Waffenstillstand erreicht sein sollte. Außerdem schließen wir uns der Forderung der Hilfsorganisationen an, dass die Regierungen einflussreicher Staaten endlich dafür Sorge tragen müssen, dass die Nothilfemaßnahmen massiv ausgeweitet werden.⁷

Auch wird die EU von uns aufgefordert, weit mehr syrischen Flüchtlingen temporären Schutz zu gewähren und sie nicht in Nachbarländer wie die Türkei

¹ http://www.nytimes.com/2015/01/02/world/middleeast/syrian-civil-war-2014-deadliest-so-far.html?_r=0

² Syria Needs Analysis Project (SNAP), Regional Analysis Syria, Q3 2014, 13 October 2014, <http://reliefweb.int/report/syrian-arab-republic/regional-analysis-syria-q3-2014-13-october-2014>

³ http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/syria0614_crd_ForUpload.pdf

⁴ Falling Syria, Oxfam 2015, http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf

⁵ http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf

⁶ <http://unscr.com/en/resolutions/doc/2139>, <http://unscr.com/en/resolutions/doc/2165>, <http://unscr.com/en/resolutions/doc/2191>

⁷ http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/syria_report-oxfam-sperrfrist-120315.pdf

abzuschieben. Ziel muss sein, allen syrischen Bürgern, die ihr kriegsgeschundenes Heimatland verlassen müssen, eine Zuflucht zu bieten. Ohne verstärkte (finanzielle und logistische) Hilfe der internationalen Gemeinschaft ist dies kaum zu erreichen. In 2014 ist die Finanzierungslücke der humanitären Hilfe auf ein Rekordhoch gestiegen. Scheinbar besteht eine 40%ige Finanzierungslücke, die dringend geschlossen werden muss. Zur Abmilderung der Flüchtlingsproblematik werden die Staaten der europäischen Union aufgefordert, im laufenden Jahr min. 5% der Flüchtlinge Schutz außerhalb der Konfliktregion zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen müssen einerseits die Kontingente für Flüchtlinge vergrößert werden und andererseits die Möglichkeit verbessert werden, dass Menschen unmittelbar aus dem Kriegsgebiet auf die Kontingentlisten gelangen können.

Auch muss dafür Sorge getragen werden, dass Staaten wie der Libanon oder Jordanien mit den Flüchtlingsströmen nicht alleine gelassen werden, sondern finanzielle Hilfen aus der Europäischen Union erhalten. Bei 4 Millionen Einwohner/innen nahm der Libanon bis jetzt 1,5 Millionen Flüchtlinge auf.⁸

Wir unterstützen die Forderung des stellvertretenden Direktors für Europa und Zentralasien der International Crisis Group, Hugh Pope, dass die AKP-regierte Türkei ihre Außenpolitik mehr an ethnischer und konfessioneller Neutralität ausrichten und auch mit regionalen Rivalen wie dem schiitischen Iran zusammenarbeiten. Zudem muss die Türkei ihre Grenzen nach Syrien besser kontrollieren und Null-Toleranz gegenüber jihadistischen Vergehen zeigen.⁹

Wie auch im Fall der Ukraine ist es von elementarer Bedeutung, dass der Konflikt am Verhandlungstisch gelöst werden muss. Daher wenden wir uns an die deutsche Bundesregierung mit dem Appell, die Konfliktparteien wieder an den Verhandlungstisch zu bekommen, hierbei müssen auch kurdische Vertreter involviert werden. Zudem sollte darauf hingewirkt werden, dass die Konfliktparteien eine gemeinsame Haltung und Strategie gegen den Islamischen Staat entwickeln.

Was die deutsche Regierung und die deutsche Bevölkerung im eigenen Land tun kann:

Die Situation in Syrien ist die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit. Es ist ein Armutszeugnis, dass einflussreiche Staaten, UN und EU völlig versagen. Es liegt auch an uns, unsere Partei zu treiben und dafür zu sorgen, dass die Hilfe endlich ankommt. Wir können nicht nur unsere Partei treiben und ständig auf die Situation hinweisen, sondern es ist auch in unserer Verantwortung die Menschen, die vor Krieg und Vertreibung vor allem aber nicht nur aus Syrien fliehen, zu schützen, ihnen eine Chance zu geben und sie hier Willkommen heißen.

Es liegt an uns, unsere Forderungen zu einer humanen Flüchtlingspolitik Nachdruck zu verleihen und mit den Bürger/innen in den Dialog zu treten. Es ist eine Schande für Deutschland, dass in dieser Zeit, die wohl als eine der blutigsten in die Geschichte eingehen wird, Pegida und Co. tausende Menschen gegen Flüchtlinge auf die Straßen treiben. Es ist unsere Aufgabe sowie die Aufgabe der Bundesregierung sich diesen Menschen entgegen zu stellen, aufzuklären und klar Stellung zu beziehen.

Ein weiterer Skandal der deutschen Flüchtlingspolitik ist der Umgang mit Kindern bzw. minderjährigen Flüchtlingen. Nach der neusten Studie von Unicef werden die rund 65 000 (Sept. 2014) Flüchtlingskinder mit unsicherem Aufenthaltsstatus

⁸ <http://www.tagesschau.de/ausland/libanon-fluechtlinge-syrien-101.html>

⁹ <http://www.ipg-journal.de/aus-dem-netz/artikel/drama-an-syriens-nordgrenze-380/>

nur unzureichend geschützt.¹⁰ Vor allem kritisiert Unicef die dürftige medizinische Versorgung und die bürokratischen Hindernisse in der Schulbildung. Auch fehlt es an psychologischer Hilfe. Unicef betont, dass Flüchtlingskinder praktisch in allen Bereichen politisch vernachlässigt werden. Und das, obwohl Deutschland schon 1992 die UN-Kinderrechtskonvention ratifizierte. Hier steht u. a. geschrieben: „Zudem verpflichtet sich die Bundesrepublik „[...] sicherzustellen, dass ein Kind, das die Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt [...] angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung der Rechte erhält, die in diesem Übereinkommen oder anderen internationalen Übereinkünften über Menschenrechte oder über humanitäre Fragen [...] festgelegt sind.“¹¹

Der Bundesfachverband Unbegleiteter Flüchtlinge e.V. kritisierte schon 2013 in seinem Bericht an die Vereinten Nationen die unzureichende Umsetzung der UN Kinderrechtskonvention in Bezug auf Flüchtlingskinder in Deutschland.¹² Hier fordern wir die Bundesregierung auf, endlich Taten folgen zu lassen und dafür zu sorgen, dass die UN Kinderrechtskonvention auch im Bezug auf Flüchtlingskinder umgesetzt wird.

Abschließend wollen wir als Autoren nochmals betonen, dass es keine militärische Intervention des Westens zugunsten einer Seite des Konflikts geben darf. Einzig und alleine der Ausgleich aller Interessen am Verhandlungstisch kann in unseren Augen für ein Ende des syrischen Bürgerkriegs sorgen.

Zudem möchten wir abschließend nochmal betonen, dass wir die US-Außenpolitik und insbesondere den 3. Golfkrieg unter George W. Bush, die massiv zur Destabilisierung der gesamten Region beigetragen haben, verurteilen. Eine erneute Intervention eines Staatenbündnisses ohne UN-Mandat wird daher kategorisch abgelehnt.

¹⁰ <http://www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-in-deutschland-unicef-studie-2014-data.pdf>

¹¹ <http://www.b-umf.de/images/stories/dokumente/un-kinderrechtskonvention.pdf>

¹² <http://www.b-umf.de/images/parallelbericht-bumf-2013-web.pdf>

Übersicht über die Behandlung der Anträge

	Antragsgruppe A Organisation – Parteien – Verbände
A 1	Änderung von § 14, Absatz 1 (1) Bezirkssatzung Annahme
I A 1	Resolution mit den streikenden Post- und Paketbotinnen und – boten Annahme
A 2 – A 16; I A 2	Überweisung an den Bezirksbeirat Hessen-Süd
	Antragsgruppe B Wirtschaft – Finanzen – Verkehr – Energie – Umwelt – Landwirtschaft
B 1	Erbschafts- und Vermögenssteuer für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur Annahme
B 2	Resolution Echte Umverteilung jetzt Annahme in geänderter Fassung
B 3	Einführung einer Vermögenssteuer Erledigt durch B 1
B 4	Abschaffung des Solidaritätszuschlags Annahme in geänderter Fassung
B 5	Zweitwohnsitzsteuer für SchülerInnen, Auszubildende und StudentInnen abschaffen Annahme in geänderter Fassung
B 6	Für einen kritischen Umgang mit ÖPP-Modellen Annahme als Resolution
B 7	Die neuen ÖPP/PPP-Privatisierungsoffensive beenden! Annahme

B 8	Gegen die Ausweitung von ÖPP Erledigt durch B 7
B 9	Nur dauerhaft und deutlich steigende Löhne in Deutschland können den Euro retten Annahme
B 10	Keine Änderung des Mindestlohngesetzes Annahme
B 11	Transparenz von Gewinnbeteiligungen bei Lebensversicherungen Annahme in geänderter Fassung
B 12	Keine Auslagerung der Entscheidungen beim unkonventionellen Fracking Annahme in geänderter Fassung
B 13	Dosenpfand für alle Getränkedosen und Flaschen Annahme
B 14	Resolution Solidarität mit Gebäudereinigern/innen der GCS am Frankfurter Flughafen Annahme in geänderter Fassung
B 15	Grundlagen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik Annahme in geänderter Fassung
	Antragsgruppe C Sozialpolitik
C 1 – C 19	Überweisung an den Bezirksbeirat Hessen-Süd
C 20	Hessen braucht mehr Wohnungen – für untere und mittlere Einkommen und für Flüchtlinge Annahme
	Antragsgruppe D Bildungspolitik
D 1 – D 8; I D 1	Überweisung an den Bezirksbeirat Hessen-Süd

	<p>Antragsgruppe E Innenpolitik, Rechtspolitik – Kommunalpolitik</p>
E 1	<p>Immer mehr Überwachung schafft nicht mehr Sicherheit, aber sie gefährdet die Grundrechte – keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung! Annahme in geänderter Fassung</p>
E 2	<p>Vorratsdatenspeicherung light rechtlich begrenzen – Für eine Reform des § 100 Abs. 1 TKG Annahme</p>
E 3	<p>Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa Erledigt durch E 2</p>
E 4	<p>Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung Erledigt durch E 2</p>
E 5 – E 36	<p>Überweisung an den Bezirksbeirat Hessen-Süd</p>
E 37	<p>Lehren aus dem Mord an Halit Yozgat – Umstrukturierung des Landesamts für Verfassungsschutz Annahme in geänderter Fassung</p>
E 38 – E 39	<p>Überweisung an den Bezirksbeirat Hessen-Süd</p>
I E 1	<p>Resolution: Öffnung der Ehe – jetzt! Annahme in geänderter Fassung</p>
I E 2	<p>Grüne Zeiten ändern sich – SPD Hessen-Süd lehnt Gesetzesentwurf zum Schutzparagrafen § 112 ab! Annahme in geänderter Fassung</p>
	<p>Antragsgruppe F Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik</p>
F 1	<p>Fairhandel statt Freihandel Annahme in geänderter Fassung</p>
F 2	<p>Keine Aufweichung der Beschlüsse des Parteikonvents zum Freihandelsabkommen TTIP – TISA stoppen Erledigt durch F 1</p>
F 3	<p>TTIP, CETA und TISA Erledigt durch F 1</p>

F 4	Freihandelsabkommen Erledigt durch F 1
F 5	TTIP / CETA Erledigt durch F 1
F 6	Freihandelsabkommen müssen den Menschen dienen und transparent sein Erledigt durch F 1
F 7	TTIP, TISA, CETA verhindern Erledigt durch F 1
F 8	Resolution TTIP / CETA und die Folgen Erledigt durch F 1
F 9	5 Punkte für mehr Menschenschutz statt Grenzschutz Annahme in geänderter Fassung
F 10	Perspektive für eine weltoffene Asylpolitik Erledigt durch F 9
F 11	Europäische Flüchtlingspolitik Annahme in geänderter Fassung
F 12	Europa muss Mare Nostrum weiterführen. Europa darf nicht tatenlos zusehen, wie das Mittelmeer zu einem Friedhof wird Erledigt durch F 9
F 13	Resolution zur Flüchtlingssituation Erledigt durch F 9
F 14	SPD für eine Fortsetzung der zurückhaltenden Außenpolitik Annahme
F 15	Austeritätspolitik gegen südeuropäische Staaten beenden Annahme in geänderter Fassung
F 16	Für ein sozialeres Europa Erledigt durch Beschlusslage 2012 – 2014
F 17	Einsatz von DE, EU und NATO – Keine Soldaten in der Ukraine! Überweisung als Material an die SPD-Bundestagsfraktion
F 18	Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr! Annahme in geänderter Fassung

F 19	Die humanitäre Katastrophe in Syrien muss gestoppt werden. Annahme als Resolution
F 20	TTIP Erledigt durch F 1
	Antragsgruppe G Verkehrspolitik – Flughafen
G 1 – G 19	Überweisung an den Bezirksbeirat Hessen-Süd

Wahlergebnisse

Der Parteitag hat wie folgt gewählt:

Bezirksvorstand (20)

Bezirksvorsitzender

Gernot Grumbach	Ja	153
	Nein	38
	Enthaltungen	9

Stellvertretende Vorsitzende

Christine Lambrecht	171
Michael Siebel	168

Schatzmeister

Patrick Koch	Ja	174
	Nein	16
	Enthaltungen	5

Beisitzerinnen / Beisitzer (16)

1. Wahlgang

Ulrike Alex	106
Ansgar Dittmar	127
Petra Fuhrmann	108
Kerstin Geis	99
Lisa Gnadl	119
Heike Habermann	113
Heike Hofmann	103
André Kawai	107
Matthias Körner	113
Tanja Pfenning	105
Sascha Raabe	155
Dagmar Schmidt	137
Umut Sönmez	134
Dennis Volk-Borowski	126
Turgut Yüksel	117

2. Wahlgang

Georg Einhaus	90
Rüdiger Holschuh (16)	94

Revisoren (3)

Friedrich Keller	182
Rudi Sölch	179
Dagmar Wucherpfennig	187

Parteikonvent (15)

Nancy Faeser	142
Heike Hofmann	128
Gernot Grumbach	125
Gerold Reichenbach	104
Kaweh Mansoori	103
Christine Lambrecht	99
Vivien Costanzo	98
Petra Fuhrmann	96
Kerstin Geis	93
Jens Zimmermann	91
Tobias Gniza	89
Bijan Kaffenberger	77
Jürgen Gasper	76
Stephan Grüger	74
Hidir Karademir	72

Ersatzdelegierte sortiert nach erhaltenen Stimmen

Myrella Dorn	66
David Wade	66
Martin Rabanus	65
Dennis Volk-Borowski	60
Filippos Kourtoglou	59
Mike Josef	58
Oliver Habekost	53
Catrin Geier	41
Ulli Nissen	41
Anne Marquardt	40
Hanno Benz	31
Oliver Grobeis	31
Carsten Müller	23
Erich Hof	15

Delegierte zu den Bundesparteitagen

	1. Wahlgang	2. Wahlgang
Alex, Ulrike		83
Bastian, Swen	123	
Benz, Hanno		12
Bullmann, Udo		112
Costanzo, Vivien	124	
Degen, Christoph	128	
Dersch, Alfred		5
Dittmar, Ansgar		105
Dorn, Myrella		55
Durna, Ali		18
Eckert, Tobias	123	
Einhaus, Georg		42
Etzold, Heiner		12
Faeser, Nancy	139	
Falk, Dieter		9
Firat, Tuna		19
Gasper, Jürgen		65
Geis, Kerstin	116	
Giebenhain, Raoul		18
Gnadl, Lisa	130	
Gnadl, Rolf		25
Gniza, Tobias		46
Grobeis, Oliver	122	
Grumbach, Gernot		107
Grüger, Stephan	106	
Habekost, Oliver		61
Harnischfeger, Lukas		38
Herget, Tine		32
Hillesheim, Isabell Joy		61
Hoffmann, Annabelle	135	
Josef, Mike	111	
Juhnke, Heinz		7
Kaffenberger, Bijan		60
Kamens, Viktoria		67

Karademir, Hidir		21
Kavai, André		63
Kern, Florian		10
Koch, Patrick		84
Köllner, Martina		11
Körner, Gerd		43
Kötschau, Stephanie		13
Kourtoglou, Filippos		53
Kracht-Koob, Andrea		20
Kunz, Cirsten	99	
Kunze, Sylvia		76
Lambrecht, Christine	121	
Langwasser, Lisa		54
Laudenschleger, Nadeschda	95	
Ludwig, Alexander	106	
Lux, Stefan	102	
Mansoori, Kaweh	123	
Marquardt, Anne		21
Merker, Matti		38
Müller, Carsten	123	
Ninsa, Wolfgang		5
Nissen, Ulli	114	
Ostrowicki, Julia		20
Pfaff, Karlheinz		60
Pipa, Erich	116	
Podstatny, Roger		9
Polster, Harald		15
Raabe, Sascha		71
Rabanus, Martin	108	
Reichenbach, Gerold	102	
Reuter, Michael		13
Rodmann, Stephan		8
Rottloff, Simon		45
Schabedoth, Hans-Joachim	94	
Schäfer, Erika		13
Schmitt, Norbert	118	
Schmöker, Tim		16

Schwenke, Felix	112	
Seewald, Ilja-Kristin		12
Seger, Joshua		18
Siebel, Michael		91
Simmler, Susanne	117	
Spiegelberg, Christian		12
Stang, Gisela		44
Thoma, Philipp		23
Volk-Borowski, Dennis	134	
Wade, David		70
Weber, Meike		19
Wende, Franziska		36
Wieczorek-Zeul, Heidi		
Wingerter, Sven		20
Yüksel, Turgut	114	
Zimmermann, Jens	127	
Zypries, Brigitte	126	

Im 2. Wahlgang gewählte Delegierte sortiert nach erhaltenen Stimmen

Wieczorek-Zeul, Heidi	116
Bullmann, Udo	112
Grumbach, Gernot	107
Dittmar, Ansgar	105
Siebel, Michael	91
Koch, Patrick	84
Alex, Ulrike	83
Kunze, Sylvia	76
Raabe, Sascha	71
Wade, David	70
Kamens, Viktoria	67
Hillesheim, Isabell-Joy	61
Dorn, Myrella	55
Langwasser, Lisa	54
Stang, Gisela	44

Ersatzdelegierte sortiert nach erhaltenen Stimmen

Gasper, Jürgen	65
Kavai, André	63
Habekost, Oliver	61
Kaffenberger, Bijan	60
Pfaff, Karlheinz	60
Kourtoglou, Filippos	53
Gniza, Tobias	46
Rottloff, Simon	45
Körner, Gerd	43
Einhaus, Georg	42
Harnischfeger, Lukas	38
Merker, Matti	38
Wende, Franziska	36
Herget, Tine	32
Gnadl, Rolf	25
Thoma, Philipp	23
Karademir, Hidir	21
Marquardt, Anne	21
Kracht-Koob, Andrea	20
Ostrowicki, Julia	20
Wingerter, Sven	20
Firat, Tuna	19
Weber, Meike	19
Durna, Ali	18
Giebenhain, Raoul	18
Seger, Joshua	18
Schmöker, Tim	16
Polster, Harald	15
Kötschau, Stephanie	13
Reuter, Michael	13
Schäfer, Erika	13
Benz, Hanno	12
Etzold, Heiner	12
Seewald, Ilja-Kristin	12
Spiegelberg, Christian	12

Köllner, Martina	11
Kern, Florian	10
Falk, Dieter	9
Podstatny, Roger	9
Rodmann, Stephan	8
Juhnke, Heinz	7
Dersch, Alfred	5
Ninsa, Wolfgang	5